

Islamistischer Terrorismus als Sicherheitsproblem für China

Angesichts der Bedrohung der internationalen Sicherheit durch den „Islamischen Staat“ kann auch Peking nicht untätig bleiben. Islamistischer Extremismus und Terrorismus hat bereits die Volksrepublik erfasst. Ausgangspunkt war die westchinesische Autonome Region Xinjiang. Der Konflikt mit der dortigen autochthonen uigurischen Bevölkerung hat neben der ethnischen eine religiöse Dimension. Das Turkvolk der Uiguren ist traditionell muslimisch. Durch Zuzug von Han – das Mehrheitsvolk Chinas – sind die Uiguren seit der Zugehörigkeit des Gebietes 1949 zur Volksrepublik zu einer Minderheit in der Region geworden. Zu Beginn waren nur 6% der Bevölkerung Han (um 1800 waren es schon einmal ein Drittel gewesen), heute sind es ca. 40%, in der Hauptstadt Urumqi stellen sie ca. 75% der Einwohner. Ungefähr 45% der Einwohner von Xinjiang sind Uiguren – der Rest teilt sich auf weitere Ethnien, vor allem Kasachen, auf.¹ Einen Gegensatz zum übrigen China und zur Kommunistischen Partei bildet das religiöse Bekenntnis zum Islam, das im Gegensatz zur sozialistischen Staatsdoktrin steht. In den 1990er-Jahren wurde der Zuzug von Han-Chinesen besonders gefördert, um die Entwicklung der Region voranzutreiben. Der Widerstand der Uiguren richtet sich gemäß der Ansicht uigurischer Aktivisten gegen ihre Marginalisierung durch die Politik Pekings und ist nicht gleichzusetzen mit Separatismus und Islamismus, wenngleich sich solche Ausrichtungen ebenfalls aus dieser Quelle speisen.

Xinjiang und die neue „Seidenstraße“

Xinjiang ist extrem groß (1.664.900 km²), aber dünn besiedelt. Xinjiang ist reich an Bodenschätzen. Öl, Gas und Kohle sind in großem Ausmaß vorhanden. Es wird Aluminium gewonnen und Strom produziert. Strategisch ist und war die Region als Verbindung nach Zentralasien wichtig. Sie grenzt an Russland, die Mongolei, Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Afghanistan, Pakistan und Indien. Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping will die historische Seidenstraße, die einst durch diese Gebiete führte, ins 21. Jahrhundert transferieren. Nach seinen Vorstellungen soll sie über zwei Routen verlaufen: eine zu Land und eine zur See. Zu Land läuft das Projekt unter den Namen „Wirtschaftsgürtel Seidenstraße“. Das Vorhaben wurde Ende 2013 von Außenminister Wang Yi unter die Prioritäten für Chinas Außenpolitik im Jahr 2014 gereiht. Begonnen wurde bereits 2010 Städte wie Chengdu, Chongqing, Xi'an, Zhengzhou, Wuhan und Yiwu mit Zentralasien und Europa zu verbinden, um auf diese Weise auch im Inneren Chinas Handelszentren zu schaffen. Seit der Vorstellung des Projekts durch Xi wurden die Leistungen im Bahn- und Straßenbau weiter gesteigert.

Im Wesentlichen geht es darum, die Geschäfte Chinas mit den östlich gelegenen Ländern der neuen Seidenstraße zu intensivieren. Es sollen aber auch Alternativrouten zum Seeweg von bzw. nach China entwickelt werden. Derzeit wird der chinesische Handel größtenteils per Schiff abgewickelt. Rund die Hälfte der weltweit jährlich von der Handelsschifffahrt transportierten Tonnage wird über das Südchinesische Meer geführt.² Das birgt im Konfliktfall Risiken. Chinas ist noch keine Seemacht und kann seine Seewege noch nicht in ausreichendem Ausmaß selbst schützen. Ein Flugzeugträgerverband ist gerade in Entwicklung. Die Schifffahrtsrouten nach dem Mittleren und Nahen Osten mit seinen Erdölquellen gehen durch die Straße von Malakka, ein Nadelöhr der Schifffahrt. Eine allfällige Blockade dieser Wasserstraße würde Umwege für die Schiffe nötig machen, eine Alternative wäre ein strategischer Gewinn.

¹ Aktuelle Zahlen aus: Xinjiang profile, <http://www.bbc.co.uk>; Terrorist attack on market in China's restive Xinjiang region kills more than 30, <http://www.washingtonpost.com>, 22.05.2014

² China lambasts US over South China Sea row, <http://www.theguardian.com>, 06.08.2012

Projekte, um das strategische Potential von Xinjiang auszubauen, gibt es einige: In der pakistanischen Küstenstadt Gwadar wurde mit chinesischem Geld ein Hafen errichtet, der auch von China kontrolliert wird. Nun besteht die Absicht über Xinjiang den Hafen an das chinesische Bahnnetz anzuschließen. Züge könnten dann von der Wirtschaftsmetropole Guangzhou über Islamabad und Karachi an den Indischen Ozean geführt werden. Zu diesem Zweck müsste das Karakorum-Gebirge überwunden werden, der Bahnbau wäre somit alleine technisch eine Herausforderung. Ob das Projekt verwirklicht wird, wird sich weisen – momentan werden Vorstudien durchgeführt. Zwei weitere Korridore, ein mittlerer und ein nördlicher, sind neben dem südlichen nach Pakistan ebenfalls geplant. Der mittlere soll über Usbekistan in den Iran bzw. nach Europa führen und in Calais enden, der nördliche nach Russland gehen und weiter bis Finnland bzw. Deutschland und in Rotterdam enden. Der mittlere und südliche Korridor würden beide die Stadt Kashgar in Xinjiang durchlaufen. In der Region soll eine grenzüberschreitende Wirtschaftskooperationszone eingerichtet werden, um den Handel mit den Nachbarstaaten zu fördern. Es geht aber nicht bloß um den Handel mit Waren, sondern auch um sicherheitspolitische Erwägungen, wenn China den Landverkehr nach dem Westen ausbauen will. Auf diesem könnten im Konfliktfall auch Waffen und Munition importiert werden, die unter solchen Umständen auf dem Seeweg nur mehr schwer ins Land gelangen würden.

Züge von China nach Europa über Xinjiang sind bereits in Fahrt. Am 1. September 2014 ging der erste Transport von Hamburg nach Zhengzhou, in die Gegenrichtung wird schon seit 2013 gefahren (auch österreichische Unternehmer wollen die Strecke nutzen). Mit 41 Containern wurden Industrieroboter transportiert. 17 Tage dauert die Reise, 20 weniger als mit dem Schiff. Aus Duisburg wurde ebenfalls der erste Zug abgefertigt; auf den Waggons befanden sich Autos. Per Zug kostet die Fahrt nach China halb so viel wie mit dem Flugzeug.³ Der Logistik-Chef der Deutschen Bahn konstatiert eine steigende Nachfrage nach dem Schienenverkehr mit China. 2013 wurde auch aus Polen ein Zug auf die Reise nach China geschickt. Die Schwierigkeit auf dieser langen Strecke liegt in unterschiedlichen Spurbreiten, die Umladen erforderlich machen. Attraktiv ist der Schienenweg für Güter, die nicht mit dem raschen, aber teureren Flugzeug transportiert werden müssen und doch schneller als mit dem Schiff ihr Ziel erreichen sollen.

Xinjiang – Terrorismus-Herd Chinas

Eine der Voraussetzungen, damit Xinjiang als internationale Handelsroute dienen kann, ist Sicherheit. 1997 gab es bereits massive Unruhen in der Stadt Yining, nachdem 30 angebliche Separatisten exekutiert worden waren. Laut offiziellen Angaben starben bei den Protesten neun Menschen, andere Angaben sprechen von mehr als 100. Mit den Anschlägen von 09/11 und dem Krieg im benachbarten Afghanistan verschärfte sich das Klima. Möglicherweise sind, nachdem die strengen Grenzkontrollen aufgehoben waren, Uiguren aus Pakistan und Afghanistan nach Xinjiang gekommen und haben mit Anschlägen begonnen. Die Gruppe, die als zentrale Organisation des islamistischen Terrors in China gilt, ist die Ostturkestanische Islamische Bewegung. Sie wird von den chinesischen Behörden laufend als Urheberin von terroristischen Aktivitäten genannt. Entstanden dürfte die Bewegung Ende der 1990er-Jahre sein. Osama Bin Laden soll Finanzmittel bereitgestellt haben, die Gruppe gilt als Verbündete von Al-Kaida. Es gibt wenige Informationen über sie und westliche Fachleute tun sich bei der Einschätzung ihrer tatsächlichen Bedeutung schwer. Mit ihr im Zusammenhang steht die Islamische Turkestan-Partei, die von nach Pakistan und Afghanistan geflüchteten Uiguren aufgebaut wurde und seit 2006 auftritt. Der Bezug der beiden Organisationen erscheint nicht

³ Erster Güterzug von Hamburg nach Zhengzhou 41. Container auf dem Weg nach China, <http://www.tagesschau.de>, 01.09.2014; Neuwagen in Duisburg auf die Schiene nach China gesetzt, <http://www.ingenieur.de>, 12.08.2014

ganz klar. Peking sieht sie als Einheit, westliche Fachleute äußern auch gegenteilige Ansichten.

2009 erreichten die Spannungen in Xinjiang einen Höhepunkt. Attacken auf Uiguren im weit entfernten Guangdong lösten in Xinjiang pogromartige Angriffe auf die unbeliebten Chinesen aus. 184 Menschen, davon 137 Han, wurden nach offiziellen Angaben getötet, fast 1.680 verletzt. Oppositionsgruppen sprachen von Tausenden Uiguren als Opfer der Sicherheitsbehörden. Ruhe ist auch danach nicht eingeleitet. Ein Mittel zur Befriedigung war die gezielte wirtschaftliche Förderung der Region durch Peking, um durch bessere Lebensverhältnisse die Radikalisierung von Teilen der Einwohner zu verhindern. Daneben wird den Uiguren die Ausübung ihrer Religion erschwert, um gewissermaßen die geistigen Grundlagen der Unruhen auszulöschen. Das Vorgehen der chinesischen Behörden richtet sich u. a. gegen muslimische Gebräuche, wie das Fasten im Monat Ramadan. Staatsbediensteten und Schulkindern wird der Verzicht auf Speisen untertags verboten – offiziell wegen der Gesundheit bzw. um nicht Angehörigen einer Konfession Sonderrechte einzuräumen. Das Ziel ist, religiöse Aktivitäten möglichst zu unterbinden. Personen unter 18 Jahren dürfen keine Moscheen besuchen (wiewohl dieses Verbot nicht sehr streng eingehalten bzw. überwacht werden dürfte). Verboten wurden auch Koranschulen, in denen Kinder die Koran-Suren auswendig lernen. Der Koran darf in China nicht unbeschränkt verwendet werden. Es gibt eine offiziell zugelassene Version; wer mit anderen bzw. sonstiger nicht genehmigter islamischer Literatur angetroffen wird, muss mit Gefängnis rechnen.

Eine Befriedigung der Region ist bis jetzt nicht gelungen – eher das Gegenteil. Der Terror nimmt an Dimension zu. Die Anschläge sind teils genau geplant, die Opferzahlen steigen und die Ziele sind teils nicht mehr in Xinjiang gelegen. Im Oktober 2013 wurde sogar in Peking ein Anschlag verübt, als drei Uiguren ein mit Benzinkanistern beladenes Auto in einen Eingang zur Verbotenen Stadt steuerten. Die „Islamische Turkestan-Partei“ übernahm die Verantwortung – ob Faktum oder „Werbung“ in eigener Sache blieb offen. Wie bei anderen Anschlägen ist nicht klar, ob hier eine Organisation mit politischen bzw. religiösen Zielen gezielt Gewalt einsetzte oder es sich um gewaltsamen Protest handelte. Anfang März 2014 massakrierte eine Gruppe Terroristen im Bahnhof von Kunming, Provinz Yunnan, 29 Menschen mit Messern und verletzte 143.⁴ Die „Islamische Turkestan-Partei“ lobte die Tat in einem Video. Seit Frühjahr 2013 sollen rund 300 Menschen ihr Leben verloren haben.⁵ Die Behörden riefen im Mai 2014 eine auf ein Jahr anberaumte Anti-Terror-Kampagne aus. Seit damals wurden rund 1.000 junge Uiguren in Haft genommen.⁶ Mit Jume Tahir fiel auch eine prominente Person im Juli 2014 einem Anschlag zum Opfer. Tahir war Imam der größten Moschee Chinas in Kashgar und ein staatlicher anerkannter religiöser Funktionär. Im Mai 2014 starben in der Hauptstadt Urumqi 31 Personen, über 90 wurden verletzt.⁷ Bei dem Anschlag auf einen Markt wurde erstmals Sprengstoff gegen eine Menschenmenge eingesetzt. Größere Unruhen fanden im Juli 2014 statt, die 37 Menschenleben forderten. 59 (!) „Terroristen“ starben, es gab 215 Verhaftungen.⁸ Im Kreis Bachu stürmten im Oktober 2014 vier Personen einen Markt, attackierten Polizisten und Han-stämmige Markthändler; 22 Menschen starben.⁹

Das harte Vorgehen der Sicherheitsbehörden richtet sich nunmehr auch gegen Personen, deren Vergehen allein darin besteht, die Politik Pekings zu kritisieren. Jede Form von Dissens soll unterdrückt werden. Die Führung will unbedingt verhindern, dass der Eindruck von Nachgiebigkeit entsteht und andere Minderheiten sich ein Beispiel nehmen. Das gilt vor allem

⁴ Attack prompts strengthened anti-terrorism legislation, <http://www.chinadaily.com.cn>, 05.03.2014

⁵ 22 Killed in Farmers' Market Attack in Xinjiang's Kashgar Prefecture, <http://www.rfa.org>, 18.10.2014

⁶ 22 Killed in Farmers' Market Attack in Xinjiang's Kashgar Prefecture, <http://www.rfa.org>, 18.10.2014

⁷ 31 dead, 94 injured in Urumqi explosions, <http://www.chinadaily.com.cn>, 22.05.2014

⁸ Iron hand toward terror, <http://www.chinadaily.com.cn>, 04.08.2014

⁹ 22 Killed in Farmers' Market Attack in Xinjiang's Kashgar Prefecture, <http://www.rfa.org>, 18.10.2014

in Bezug auf die Tibeter, dem zweiten Volk in der Volksrepublik, das mit Peking ständig im Kampf um seine Rechte liegt. Der uigurische Wissenschaftler Ilham Tohti, der an einer Universität in Peking unterrichtete, wurde im September 2014 wegen „Separatismus“ zu lebenslanger Haft verurteilt. Er hatte sich mit friedlichen Mitteln für die Rechte seiner Volksgruppe eingesetzt und die Haltung des Staates angeprangert. Gewaltanwendung durch Uiguren aber hatte er verurteilt und sich gegen die Unabhängigkeit Xinjiangs ausgesprochen. Westlichen Diplomaten, darunter auch einem Vertreter der EU-Delegation, wurde der Zutritt zum Gerichtssaal verwehrt. Die EU protestierte gegen das Urteil und verlangte Tohtis Freilassung. Der gesamte Ablauf des Prozesses machte klar, dass hier ein politisches Exempel statuiert werden sollte.

Uiguren als Kämpfer für den Islamischen Staat

Es besteht die Gefahr einer weiteren Radikalisierung als Reaktion auf die staatliche Repression. Teile des muslimischen Widerstandes dürften sich mit islamistischen Gruppen im Ausland verbündet haben. Die Kontakte reichen in verschiedene Länder. So wurden im September 2014 vier Uiguren mit gefälschten türkischen Pässen in Indonesien verhaftet, wo sie vermutlich an einem Ausbildungslager der „ostindonesische Mujaheddin“ teilnehmen wollten. Es war dies das erste Mal, dass ein solcher Kontakt aufgedeckt wurde. Anführer der Gruppen ist ein Mann namens Santoso bzw. Abu Wardah, der sich zum IS bekennt. Chinesische Medien sprechen auch schon davon, dass Islamisten aus Xinjiang sich zur Ausbildung nach Syrien und dem Irak begeben haben. Sie sollen sich dort aber nicht nur zum Üben aufgehalten haben, sondern auch um Unterstützung für vermehrte Aktivitäten in China zu erhalten. Chinesische Regierungsangaben besagen, dass sich 100 Personen aus Xinjiang bereits in der Region aufhalten – gemessen an den 130 Personen aus Österreich, die sich dort an den Aktionen des IS beteilig(t)en, erscheint die Zahl angesichts von mehr als 21 Millionen Einwohnern in Xinjiang, davon fast 9,3 Millionen Uiguren, bescheiden und somit durchaus realistisch. Der IS selbst gibt ebenfalls an, Kämpfer aus China in seinen Reihen zu haben. Eine diesbezügliche Aussage stammt von ihrem Führer Abu Bakr Al-Baghdadi selbst. Glaubwürdig ist die Einschätzung auch deshalb, weil bereits 2006 22 Uiguren in Afghanistan gefasst werden konnten, die dann in das US-Lager Guantanamo gebracht wurden (und mittlerweile wieder frei sind). Das irakische Verteidigungsministerium gab bekannt, dass ein IS-Kämpfer aus China gefangen genommen worden sei. Peking bestätigte dies allerdings nicht. Dass sich im Irak und Syrien uigurische Kämpfer aufhalten, muss aber nicht zwangsläufig bedeuten, dass sie direkt aus China kommen. Sie könnten auch der uigurischen Diaspora angehören.

Die Türkei und ihre Beziehungen zum Turkvolk der Uiguren

Uiguren und Türken sprechen beide Turksprachen. Politisch hat dies insofern Bedeutung als die Idee des Panturkismus auf der Gemeinsamkeit der Turksprachen, aber auch auf einer gemeinsamen Abstammung und Kultur aufgebaut wurde. Ethnisch und politisch gibt es also eine Verbindung zwischen der Türkei und Xinjiang. Im 20. Jahrhundert hatte dieser Umstand nicht allzu viel Bedeutung, was sich aber mit dem Auseinanderfall der Sowjetunion änderte. Durch die Gründung der zentralasiatischen Republiken entstanden neue Bezugspunkte für die Türkei in dem Raum. Peking registrierte diese Annäherungsbemühungen des NATO-Mitgliedes Türkei mit Misstrauen. Mit dem Aufkommen von Gewalttaten am Beginn der 1990er-Jahre wurde das Uiguren-Problem zu einem zwischenstaatlichen Thema für China, da die türkische Regierung Sympathie für die Sache der Uiguren zeigte. Chinas Wirtschaftsmacht ließ das Interesse Ankaras für die Uiguren allerdings schwinden, weil die Aussicht auf gute Geschäfte mit China panturkische Aspirationen überwog. Nach 09/11 setzte Peking kontinuierlich den Einsatz für die Anliegen Ostturkestans mit Terrorismus gleich. Die Beziehungen zwischen China und der Türkei blieben wegen „Ostturkmenistan“ belastet, da

uigurische Aktivisten weiterhin in der Türkei relativ unbehindert ihre Aktivitäten entfalten. In der Türkei gibt es eine uigurische Exil-Gemeinde, die sich Anfang der 1950er-Jahre bildete und die vom türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan unterstützt wird. Ihre Größe ist umstritten, die Bandbreite geht von nur 5.000 Angehörigen bis zu 50.000, wobei letztere Zahl unwahrscheinlich ist.¹⁰ In Erdoğan's Amtszeit als Bürgermeister von Istanbul wurde ein Park nach İsa Yusuf Alptekin (1901-1995), dem Führer der ostturkestanischen Unabhängigkeitsbewegung, benannt. Bei der Eröffnung bezeichnete Erdoğan Ostturkestan als die „Wiege der türkischen Geschichte, Zivilisation und Kultur“. In Bezug auf das Vorgehen der chinesischen Sicherheitskräfte bei den Unruhen 2009 sprach Erdoğan – damals türkischer Regierungschef – von „einer Art Genozid“; sein Handelsminister forderte zu einem Boykott chinesischer Waren auf. 2012 besuchte Erdoğan im Zuge eines China-Besuches auch Xinjiang, wo sein Aufenthalt bei der uigurischen Bevölkerung auf große Resonanz stieß. Grund, dass Peking diese Reisesation zuließ, war wohl der politischen Stellung der Türkei geschuldet, die als wirtschaftlich dynamisches und islamisches Land über regionalen Einfluss verfügt. Um das bilaterale Verhältnis möglichst reibungsfrei gestalten, war Peking auch bereit, türkischen Wünschen für Maßnahmen zugunsten der Uiguren entgegenzukommen. Umfassendere strategische Überlegungen spielen hier eine Rolle. Erdoğan hat Interesse an einer Aufnahme der Türkei in die Shanghai Cooperation Organisation (SCO) gezeigt (momentan ist die Türkei „Dialogpartner“ der Organisation). Wenngleich hier die Enttäuschung über den langsamen Fortgang der EU-Beitrittsverhandlungen artikuliert wurde, so geht es auch um eine breitere internationale Verankerung der Türkei. Für Ankara sind engere Kontakte zur aufstrebenden Macht China wesentlich, beide wiederum verbindet Interessen in Zentralasien. Die dortigen Staaten könnten ein gewisses Gegengewicht zu China und Russland in der SCO begrüßen, wiewohl sie auch nicht vom türkischen „Brudervolk“ bevormundet werden wollen. China ist an einer „Turk-Gruppe“ in der SCO nicht gelegen, angesichts der Bedrohungen durch den islamistischen Terrorismus kann es Verbündete gebrauchen.

Peking hat allen Grund, sich Sorgen zu machen. Im Juli 2014 sprach „Kalif“ Abu Bakr Al-Baghdadi über die Beschneidung von muslimischen Rechten in „China, Indien und Palästina“. Was dabei auffiel, war die Nennung Chinas an erster Stelle der Reihung. Es kursierte auch eine Karte im Internet, die angeblich das vom IS angestrebte Kalifat zeigte und die große Teile Xinjiangs umfasste. Ihre Authentizität ist allerdings umstritten. Falls die uigurischen Kämpfer nicht direkt aus China kommen, wäre die Bedrohung durch Kriegsrückkehrer eher eine mittelbare, weil diese Personen erst in China einsickern müssten, was mehr Aufwand verursachen würde als die Rückkehr von normalerweise in China lebenden Uiguren.

Chinas Interessen im Irak

Für Peking ist der IS allemal ein Problem, ist doch viel chinesisches Geld in die irakische Erdölindustrie geflossen und China der größte Kunde des Irak. Das China National Petroleum Corporation ist der größte ausländische Investor des Irak. Fast die Hälfte der irakischen Produktion wird nach China exportiert. Das Land ist damit Chinas fünftgrößter Lieferant. Und im Irak werden vergleichsweise hohe Produktionssteigerungen erwartet. Nun hat China nach Beginn des Kriegszugs des IS 10.000 seiner Bürger aus dem Land evakuiert.¹¹ Demgemäß kommt aus Peking keine Kritik gegenüber dem Eingreifen der USA im Irak, sondern Zustimmung – wenn auch nicht von höchster Ebene. Washington versucht indes China in den Kampf gegen den IS einzubeziehen. Die Nationale Sicherheitsberaterin Susan Rice warb bei einem Treffen mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission, Fang Changlong, im August 2014 um die Unterstützung Chinas. Zusage erhielt sie keine, stieß mit

¹⁰ Yitzhak Shichor, Ethno-Diplomacy: The Uyghur Hitch in Sino-Turkish Relations (Honolulu 2009), Seite 16, <http://www.eastwestcenter.org/policystudies>

¹¹ China Sees Islamic State Inching Closer to Home, <http://www.foreignpolicy.com>, 11.08.2014

ihrem Ansinnen aber zumindest auf Resonanz, wie von einer anonymen Quelle verlautet wurde. In Diskussion scheint noch die Art und Weise der Einbindung Chinas zu stehen. Möglicherweise bringt ein Zusammentreffen von Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping mit US-Präsident Barack Obama in November in Peking Klärung.

Schlussfolgerung

Die Volksrepublik steht vor der Herausforderung, in einer Region für Stabilität sorgen zu müssen, die für den Staat von großer strategischer Bedeutung ist. Die Voraussetzungen für die Lösung dieses Problems sind derzeit ungünstig. Islamistische Extremisten vernetzen sich international und verfügen im Irak und Syrien über von ihnen kontrollierte Gebiete, von denen aus sie international operieren können. Die Erfolge des Islamischen Staates ziehen Gleichgesinnte an und ermuntern umgekehrt seine Anhänger, in anderen Staaten aktiv zu werden. Xinjiang ist aufgrund seiner Größe und Geographie schwer zu kontrollieren. Es wird sich zeigen, wie sich der Abzug der Truppen von USA und Verbündeten aus Afghanistan auf die benachbarte chinesische Region auswirken wird. Polizeistaatliche Methoden werden kaum zum Ziel führen, weil dies den Widerstand der Uiguren eher anfachen wird. Der Spielraum für die Regierung in Peking ist nicht allzu groß, denn Offenheit und Konsens vertragen sich nur eingeschränkt mit dem politischen Systems Chinas. Das zeigte auch jüngst das Beispiel Hongkong.

Gerald Brettner-Messler